

Uni Basel verschiebt Prüfungen wegen Eurovision Song Contest

Angst vor Cyberattacken Eine konkrete Bedrohung durch Angriffe auf die Infrastruktur liege nicht vor.

In den vergangenen Jahren gab es im Zusammenhang mit dem Eurovision Song Contest (ESC) immer wieder Cyberattacken auf die Host-City und das Durchführungsland. Betroffen waren etwa Glücksspielseiten. Offenbar befürchtet die Universität Basel, ein mögliches Angriffsziel zu sein. Mediensprecher Matthias Geering bestätigt gegenüber der «Basler Zeitung» Gerüchte, wonach die Prüfungen im Frühjahrssemester verschoben werden.

Konkret betroffen ist die Philosophisch-Historische Fakultät, wie Geering gegenüber der «Basler Zeitung» sagt. Pro Semester werden an dieser Fakultät an zwei Terminen Bachelorprüfungen geschrieben. Für dieses Semester waren die Prüfungen für den 9. und 16. Mai geplant. Die ESC-Woche findet in Basel vom 10. bis 17. Mai statt.

«Aufgrund von Gesprächen mit den Organisatoren des ESC hat die Universität Basel der Fakultät empfohlen, die Prüfung

vom 16. Mai auf Montag, den 5. Mai, vorzuverlegen», führt Geering aus. «Die Organisatoren des ESC hatten an einer Informationsveranstaltung Ende Januar darauf hingewiesen, dass die Durchführung von Prüfungen am 16. Mai gewissen Risiken ausgesetzt wäre.»

ÖV-Chaos als weitere Befürchtung

«Einerseits könnte die Energie- und WLAN-Versorgung an den Tagen rund um den ESC labil sein», umschreibt Geering die Befürchtungen bezüglich Hackerattacken. Das Risiko sei zwar sehr klein, aber nicht auszuschliessen. Auf die Nachfragen, ob die Uni Basel konkrete Befürchtungen habe, dass sie von einem Hackerangriff betroffen sein könnte – und weshalb –, ging der Mediensprecher nicht ein.

Maja Hartmann, Head of Media Relations beim ESC, sagt auf Anfrage: «Wir haben keinerlei Empfehlungen zur Absage von

Events oder Warnungen vor der Durchführung von Events ausgesprochen. Weder gegenüber der Universität Basel noch gegenüber anderen Organisationen.»

Neben Cyberrisiken gibt es noch andere Sorgen: «Die Situation im öffentlichen Verkehr wird rund um den 17. Mai als kritisch angesehen, was die pünktliche Anreise von unseren Studierenden zu ihrer Prüfung erschweren könnte», sagt Geering.

Da Bachelorprüfungen als digitale Prüfungen im PrüfungswLAN der Universität durchgeführt werden, seien eine zuverlässige Stromversorgung sowie ein funktionierendes WLAN unabdingbar. «Die Universität Basel wollte ihre Studierenden nicht dem Stress aussetzen, sich Sorgen zu machen, ob sie pünktlich ankommen oder ob das WLAN funktioniert», so Geering weiter.

«Die Philosophisch-Historische Fakultät der Universität Basel möchte die Prüfungen möglichst risikofrei für alle Be-

teiligten durchführen können und hat deshalb den Prüfungstermin vom 16. Mai auf den 5. Mai vorverlegt», schliesst Geering.

Die internationale Nachrichtenagentur Reuters berichtete, dass es sich bei Hackerattacken im Jahr 2022 in Italien um Angriffe «prorussischer Gruppierungen» gehandelt habe. Russland wurde nach dem Angriff auf die Ukraine vor drei Jahren durch die Europäische Rundfunk-Union vom ESC ausgeschlossen.

Mögliche Cyberangriffe waren von Anfang an Teil des Ratschlags der Basler Regierung zum ESC. 500'000 Franken fliessen in den Schutz der kantonalen IT-Infrastruktur. «Wir sind uns bewusst, dass die Anforderungen an die Sicherheit enorm sind. Zum einen werden internationale Grossanlässe wie der ESC immer wieder für politische Manifestationen missbraucht», sagte Mélanie Imhof vom Basler Präsidialdepartement im Herbst dazu. «Zum anderen kam es bei vergangenen

Austragungen des ESC regelmässig zu grösseren Cyberangriffen.»

Es gebe keine veränderte Lage in Sachen Cybersicherheit, sagt Maja Hartmann zur Prüfungsver-schiebung an der Uni Basel. «Die Lage wird fortlaufend durch den kantonalen Sicherheitsbeauftragten überwacht. Der Kanton steht in engem Austausch mit weiteren relevanten Akteuren, um mögliche Ereignisse früh zu erkennen und – falls notwendig – geeignete Massnahmen zu ergreifen.»

Sollte es zu einer Beeinträchtigung der Strom- oder Netzwerkinfrastruktur kommen, könnten verschiedene Akteure betroffen sein, sagt Hartmann. «Insbesondere öffentliche oder private Einrichtungen, die auf eine stabile Internet- oder Stromversorgung angewiesen sind. Nach aktuellem Kenntnisstand gibt es jedoch keine konkreten Hinweise auf eine kritische Gefährdung der Infrastruktur.»

Isabelle Thommen